



**Vernetzungs-Treffen
zum Tiroler Aktions-Plan Behinderung
Protokoll vom 8. August 2020**

Ort: Landhaus 2, Heiliggeiststraße 7-9, Konferenzsaal EG,

Zeit: Beginn 9 Uhr

Anwesende (ohne Titel):

LR Gabriele Fischer, Katharina Schuierer-Aigner, Magdalena Vorauer, Kathrin Eberle, Monika Mück-Egg, Kristof Widhalm, Eva Hohenegger, Isolde Kafka, Barbara Treichl, Karl Medwed, Tanja Penz, Mark Neuner, Martin Hartlauer, Veronika Mair, Vera Sokol, Maria Kerber, Barbara Wiesmüller, Lydia Kremslehner, Susanne Fuchs, Clara Grüner-Leddihn

Begrüßung

Frau Landes-Rätin Gabriele Fischer und Frau Kathrin Eberle begrüßen alle anwesenden Personen.

Sie bedanken sich bei allen,
die am Tiroler Aktions-Plan Behinderung mitarbeiten möchten.

Frau Landes-Rätin Fischer erklärt:

In der UN-Behinderten-Rechts-Konvention steht,
dass jedes Land einen Aktions-Plan machen muss.

Österreich hatte einen Aktions-Plan auf Bundes-Ebene.
Der Aktions-Plan war für die Jahre 2012 bis 2020.

Viele Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen
fallen aber nicht nur in die Zuständigkeit des Bundes.
Sondern in die Zuständigkeit der Länder.

Deshalb ist es sinnvoll
auch auf Landes-Ebene einen Aktions-Plan zu machen.
So wird die UN-BRK auf Landes-Ebene umgesetzt.

Im Tiroler Anti-Diskriminierungs-Gesetz steht:
Tirol muss einen Aktions-Plan machen.

Frau Treichl stellt den Tiroler Aktions-Plan vor.

Frau Barbara Treichl stellt den Tiroler Aktions-Plan Behinderung vor.

Sie erklärt,

warum es einen Aktions-Plan geben soll.

Und welche Themen im Aktions-Plan enthalten sein sollen.

Frau Treichl erklärt auch,

wer bis jetzt am Aktions-Plan gearbeitet hat.

Und was bis jetzt gemacht wurde.

Und was die nächsten Schritte sein sollen.

Es muss noch geklärt werden,

wie interessierte Menschen

am Aktions-Plan mitmachen können.

Dazu hat die Steuerungs-Gruppe einen Vorschlag gemacht

Nähere Informationen zum Vortrag

sind in den Power-Point Folien.

Die Power-Point Folien wurden an alle Teilnehmer_innen verschickt.

Der Vortrag von Frau Treichl ist zu Ende.

Herrn Hanl-Landa visualisiert den Vortrag.

Das heißt:

Er zeichnet Bilder davon, was im Vortrag gesagt wurde.

Und übersetzt den Vortrag in Leichte Sprache.

Danach gibt es eine kurze Pause.

Diskussions-Runde

Nach der Pause gibt es eine Diskussions-Runde.

Es braucht mehr Themen-Bereiche im Aktions-Plan.

Als erstes meldet sich Herr Medwed.

Er stellt sich kurz vor und sagt:

Ich hatte Bedenken.

Einige Bedenken haben sich durch den Vortrag gelöst.

Herr Medwed dachte bei der Einladung zu diesem Treffen:

Der Aktions-Plan wurde schon von einer Steuerungs-Gruppe gemacht.

Er war deshalb besorgt:

Betroffene und Angehörige werden nicht eingebunden.

Und können nur eine Stellungnahme abgeben.

Jetzt ist er jedoch beruhigt.

Weil der Aktions-Plan noch nicht erstellt wurde.

Er ist froh darüber:

Dieses Treffen ist eine Einladung zur Mitarbeit von Anfang an.

Und die Menschen können Themen einbringen,

die ihnen wichtig sind.

Herr Medwed sagt auch:

Im Aktions-Plan sollen unbedingt
die Anliegen von Angehörigen drinstehen.

Weil auch Frauen und Mädchen werden in der UN-BRK
als eigene Gruppe von Betroffenen genannt.

Auch sollen Männer genannt werden.

Weil nicht nur Frauen und Mädchen mit Behinderungen
Probleme haben.

Auch Männer mit Behinderungen haben Probleme.

Es gehören noch mehr Themen-Bereiche in den Aktions-Plan:

- Die regionale Sozial-Beratung soll ausgebaut werden.
- Die Corona Krise muss aufgearbeitet werden.
- Interessens-Vertretungen sollen
in politische Prozesse eingebunden werden.
Zum Beispiel durch Begutachtungen.
Oder zur Barriere-Freiheit im Bauen und Wohnen.
Aber vor allem im öffentlichen Raum,
wie zum Beispiel auf den Straßen.

An diesen Themen wurde schon gearbeitet.

Und zwar im Verein Angehörige von Menschen mit Behinderungen
(AMB).

Und in der Arbeits-Gemeinschaft der Angehörigen-Vereine
und Selbsthilfe-Gruppen in Tirol (ArGe ANiT).

Die Themen wurden schon schriftlich vorbereitet.

Frau Eberle bedankt sich.

Herr Medwed wird die Unterlagen per E-Mail an Frau Treichl schicken.

Menschen mit Sinnes-Beeinträchtigungen müssen mehr berücksichtigt werden.

Frau Mück-Egg stellt sich kurz vor.

Sie sagt:

Viele Personen der Steuerungs-Gruppe sind anwesend.

Der Gehörlosen-Verband hat von diesem Treffen
aber erst sehr spät erfahren.

Der Gehörlosen-Verband hat von diesem Treffen nur erfahren,
weil Dolmetscher_innen für dieses Treffen angefragt wurden.

Davor wusste Frau Mück-Egg nicht,
dass es eine Steuerungs-Gruppe zum Aktions-Plan gibt.
Sie wusste auch nichts von diesem Treffen.

Auch Frau Mück-Egg findet es wichtig,
dass Betroffene und Angehörige eingebunden werden.
Betroffene und Angehörige sollen von Anfang an eingebunden werden.

Frau Mück-Egg sagt auch:

Der Vortrag war nicht die ganze Zeit in leichter Sprache.
Das soll für künftige Treffen verbessert werden.

Menschen mit Sinnes-Beeinträchtigungen
müssen mehr berücksichtigt werden.

Menschen mit Sinnes-Beeinträchtigungen
werden sehr oft übersehen.

Barriere-frei bedeutet nicht nur rollstuhl-gerecht.

Frau Eberle bedankt sich für die Anregungen.

Informationen sind schwer zugänglich.

Als Nächstes meldet sich Frau Kremslehner.

Sie sagt:

Es ist sehr schwierig,
an bestimmte Informationen zu kommen.

Sie findet zum Beispiel keine Informationen dazu,
wie viele Wohnungen in Tirol barriere-frei sind.

Solche Informationen sollten für alle zugänglich sein.

Die Informationen sind notwendig.

Wenn man Informationen hat,
kann man Stellungnahmen machen.

Und Pläne.

Und Empfehlungen.

Betroffene sollen in der Steuerungs-Gruppe dabei sein

Betroffene müssen früher eingebunden werden.

Und sie müssen mehr eingebunden werden.

Betroffene sollten in die Steuerungs-Gruppe dabei sein.

Je nach Themen-Bereich

könnten unterschiedliche Betroffene dabei sein.

Wenn in der Steuerungs-Gruppe

nur Personen aus der Politik und Verwaltung mitarbeiten,
ist das schlecht.

Weil die Gruppe dann einen Aktions-Plan
mit Empfehlungen für sich selbst macht.

Das ist nicht gut.

Frau Eberle erklärt:

Die Steuerungs-Gruppe sammelt Informationen.

Die Zahlen und Informationen werden veröffentlicht.

Und mit Betroffenen diskutiert.

Die Maßnahmen werden dann gemeinsam gemacht.

Zahlen und Informationen zu sammeln

ist sehr viel Arbeit um Zeit.

Deshalb sammelt das Land Tirol die Zahlen und Informationen.

Frau Kremslehner sagt dazu:

Für die Nutzerinnen-Vertretung ist es wichtig,

von Anfang an dabei zu sein.

Die Nutzerinnen-Vertretung soll schon

beim Sammeln von Themen dabei sein.

Und nicht erst bei der Erstellung des Aktions-Plans.

Anregungen können per E-Mail geschickt werden.

Das soll aber nur eine Ergänzung sein.

Und nicht die einzige Art der Einbindung.

Sonst findet keine wirkliche Inklusion statt.

Frau Schuierer-Aigner sagt dazu:

Die Steuerungs-Gruppe bespricht formale Themen.

Die Steuerungs-Gruppe bespricht keine inhaltlichen Fragen.

Die Steuerungs-Gruppe schaut zum Beispiel nach,
wo es schon Aktions-Pläne gibt.

Oder ob andere Aktions-Pläne gut sind.

Oder wie der Tiroler Aktions-Plan aufgebaut sein könnte.

Oder wann der Tiroler Aktionsplan fertig sein kann.

Die Steuerungs-Gruppe sammelt auch Informationen.

Zum Beispiel: wie viele Wohnungen in Tirol barriere-frei sind.

Die Steuerungs-Gruppe bespricht keine inhaltlichen Fragen.

Inhaltliche Fragen sind:

Wie sieht eine „gute“ oder „verbesserte“ Barriere-Freiheit
beim Wohnungs-Bau aus?

Diese Fragen möchte man mit Betroffenen und Fach-Personen
diskutieren.

Es bleibt aber die Frage,
wie man Betroffene am besten einbindet.

Deshalb gibt es heute ein Vernetzungs-Treffen.

Wir fragen Betroffene,
wie die Einbindung von ihnen sein soll.

Bis jetzt haben wir es nicht geschafft,
alle Interessens-Vertretungen und Vereine einzuladen.
Heute haben wir alle Vereine eingeladen,
die schon Ende 2019 beim ersten Treffen eingeladen waren.
Bis November 2020 soll es noch weitere Treffen
mit Fach-Personen geben.

Frau Kremslehner schlägt vor:

Ab jetzt sollen auch Mitglieder der Nutzerinnen-Vertretung
in der Steuerungs-Gruppe dabei sein.

Je nach Thema soll ein Mitglied der Nutzerinnen-Vertretung dabei sein.

Das Mitglied spricht dann

für die entsprechende Gruppe von Betroffenen.

Die Nutzerinnen-Vertretung muss das noch genauer besprechen.

Frau Schuierer-Aigner sagt:

Bitte besprecht den Vorschlag

mit allen Mitgliedern der Nutzerinnen-Vertretung.

Sagt mir dann, was dabei heraus gekommen ist.

Daraufhin sagt Herr Hartlauer:

Ich könnte mir gut vorstellen in einer Gruppe mitzuarbeiten.

Ich möchte zum Thema rollstuhl-gerechtes Bauen und Wohnen
mitarbeiten.

Auf diesem Gebiet habe ich schon viele Erfahrungen.

Wie lange gilt der Aktions-Plan?

Frau Wiesmüller fragt,

wie lange der Aktions-plan gilt.

Und ob der Aktions-Plan 10 Jahre gelten soll.

Der Aktions-Plan des Bundes gilt auch für 10 Jahre.

Frau Wiesmüller möchte wissen,

ob der Plan von 2020 bis 2030 gelten soll.

Frau Wiesmüller fragt,

ob andere Bundes-Länder schon Aktions-Pläne haben.

Und welche Aktions-Pläne erfolgreich sind.

Zum Ablauf fragt sie nach,

ob die Steuerungs-Gruppe Texte schickt.

Und ob Betroffene und Interessens-Vertretungen dann Stellungnahmen zu den Texten schicken können.

Oder ob Betroffene zuerst Stellungnahmen schicken.

Und die Steuerungs-Gruppe dann daraus Texte macht.

Dann könnte sein,

dass einige Gruppen und Interessens-Vertretungen die gleichen Vorschläge schicken.

Die Steuerungs-Gruppe kann die Themen dann schon aus anderen Vorschlägen.

Das ist ein großer Mehr-Aufwand.

Frau Kafka sagt:

Der Tiroler Aktions-Plan gilt 10 Jahre.

Der Aktions-Plan gilt ab dem Jahr,
in dem er beschlossen wird.

Nach fünf Jahren wird der Aktions-Plan überprüft.

Die Steuerungs-Gruppe ist nur
für die Struktur und Organisation des Aktions-Plans zuständig.

Die Inhalte des Aktions-Plans
erarbeiten eigene Arbeits-Gruppen.

In den Arbeits-Gruppen sollen Betroffene und Angehörige mitarbeiten.
Interessens-Vertretungen müssen bei allen inhaltlichen Themen
von Anfang an dabei sein.

Frau Treichl sagt:

Manche Länder haben schon Aktions-Pläne.

Zum Beispiel: Kärnten und die Steiermark.

Salzburg und Vorarlberg haben noch keinen Aktions-Plan.

Salzburg und Vorarlberg machen gerade Aktions-Pläne.

Vorarlberg ist ein gutes Beispiel für Beteiligung.

In Deutschland gibt es auch schon Aktions-Pläne.

Der Aktions-Plan von Schleswig-Holstein ist gut.

Die Aktions-Pläne von Kärnten und der Steiermark
sind eher weniger gute Beispiele.

Frau Treichl sagt auch:

Interessens-Vertretungen sollen zu allen Themen Beiträge schicken.

Die Beiträge dienen als Arbeits-Grundlage.

Zu den schriftlichen Beiträgen kann dann Stellung genommen werden.

Die Arbeits-Gruppen bearbeiten die Stellungnahmen dann gemeinsam.

Die Themen des Aktions-Plans

Herr Medwed fragt nach,
ob auch noch Themen eingebracht werden können.
Oder ob die Themen-Liste schon fix ist.

Auf der Themen-Liste im Vortrag fehlen manche Themen.
Der Verein AmB und die ArGeANiT
haben noch zu anderen Themen gearbeitet.

Dazu sagt Frau Kafka:

Die Themen-Liste lehnt sich an die UN-BRK an.
Deshalb sind Frauen und Mädchen mit Behinderungen
ein eigenes Thema.

Weil Frauen und Mädchen mit Behinderungen
auch in der UN-BRK ein eigenes Thema sind.

Natürlich können auch andere wichtige Themen dazukommen.

Frau Kremslehner schlägt vor:

Der Aktions-Plan soll ein Thema
zu Geschlecht und Behinderung haben.

Die Anliegen von inter- und trans-geschlechtlichen Menschen
sind wichtig.

Und müssen berücksichtigt werden.

Sexualität von Menschen mit Behinderungen
muss auch berücksichtigt werden.

Menschen mit Behinderungen in Alters-Heimen

Frau Mück-Egg sagt:

Menschen mit Behinderungen in Alters-Heimen werden oft übersehen.

Gehörlose Menschen haben in der Corona-Krise oft keine Unterstützungs-Leistungen von externen Personen bekommen. Externe Personen durften nicht in die Heime kommen. Obwohl die Nutzer_innen die Unterstützung brauchen.

Generell bekommen Menschen mit Behinderungen im Alter oft nicht die Unterstützung, die sie brauchen. Das betrifft vor allem mobile Leistungen.

Die Leistungen werden nicht gewährt.

Weil das angeblich eine Doppel-Finanzierung ist:

Einer-seits Leistungen aus der Behinderten-Hilfe.

Anderer-seits Leistungen für ältere und pflege-bedürftige Menschen.

Die Ämter sagen:

Menschen mit Behinderungen bekommen im Alters-Heim alle nötigen Leistungen.

Das stimmt aber nicht.

Besonders bei gehörlosen Menschen ist das oft nicht der Fall.

Die Corona-Krise muss aufgearbeitet werden

Herr Medwed sagt dazu:

Die Corona-Krise muss unbedingt aufgearbeitet werden.

Die Begleitung und Betreuung von Menschen mit Behinderungen während der Krise muss auch aufgearbeitet werden.

Bei einer zweiten Welle

dürfen nicht wieder die gleichen Fehler passieren.

Es darf nicht wieder vorkommen,

dass Angehörige wochen-lang 24 Stunden täglich pflegen.

Und das ohne jede Unterstützung.

Es darf auch nicht wieder vorkommen,

dass Menschen ihre Angehörigen mit Behinderungen

in voll-stationären Einrichtungen nicht besuchen dürfen.

Es muss sicher-gestellt werden,

dass Menschen Kontakt zu ihren Angehörigen haben dürfen.

Der Verein AmB und die ArGe ANiT haben zu diesem Thema

Frage-Bögen erstellt.

Und sie haben die Frage-Bögen ausgewertet.

Sie haben die Ergebnisse zusammen-gefasst.

Sie werden die Ergebnisse und andere Themen-Vorschläge

an Frau Treichl schicken.

Frau Fuchs sagt:

Es gibt bereits eine eigene Arbeits-Gruppe zur Aufarbeitung der Corona-Krise.

In dieser Arbeits-Gruppe arbeitet die argeSODIT mit.

Im August wird es eine Befragung geben.

Um aus den Erfahrungen zu lernen.

Der Umgang mit Menschen mit Behinderungen in Ausnahme-Situationen muss verbessert werden.

Die Abteilung Zivil- und Katastrophen-Schutz wird dazu mitarbeiten.

Herr Medwed bietet an,

auch an Frau Fuchs die Frage-Bögen zu schicken.

Er möchte auch Auswertungen, Schluss-Folgerungen und Handlungs-Vorschläge schicken.

Frau Fuchs bedankt sich und sagt auch, dass sie diese Frage-Bögen kennt.

Die Abteilung Soziales wird die Befragungen breiter aufstellen.

Daher werden die Befragungen nicht so detailliert sein.

Teile des Frage-Bogens und die Ergebnisse werden in die Befragung im August und die Schluss-Folgerungen eingearbeitet.

Frau Penz sagt:

Die Corona-Krise

war für Therapeut_innen eine schwierige Zeit.

Viele konnten aufgrund der Zugangs-Beschränkungen
nicht in Alters- und Pflege-Heime gehen.

Sie konnten auch nicht in Einrichtungen der Behinderten-Hilfe gehen.

Daher konnten die Therapeut_innen keine Behandlungen machen.

Deshalb hatten die Therapeut_innen weniger Geld.

Und den Patient_innen ging es schlechter.

Weil sie wochen-lang keine Behandlungen bekommen haben.

Andere Therapeut_innen sind in Einrichtungen fix angestellt.

Auch sie konnten keine Behandlungen machen.

Sie wurden in der Pflege oder Betreuung eingeteilt.

Auch hier ging es Betroffenen oft schlechter.

Weil auch sie keine Behandlungen bekommen haben.

Frau Eberle sagt:

Die Gesundheits-Behörde hat das entschieden.

Die Anregung von Frau Penz wird in die Aufarbeitung mitgenommen.

Herr Hartlauer berichtet:

Während der Corona-Krise habe ich mit meinen Betreuerinnen telefoniert.

Das hat für mich gut funktioniert.

Obwohl ich anfangs noch erschrocken war.

Falls wieder ein Lock-Down kommt,

wünsche ich mir Video-Kontakt.

Das funktioniert sicher noch besser.

Frau Kremslehner sagt dazu:

Ein Video-Kontakt kann nicht die Lösung für alle sein.

Nicht alle Menschen haben ein Telefon oder Internet zuhause.

Wie wird der Aktions-Plan umgesetzt?

Frau Kremslehner fragt nach,

wie der Aktions-Plan umgesetzt werden soll.

Und wie man von der Umsetzung erfährt.

Und ob aufgrund des Aktions-Plans Gesetze gemacht werden.

Oder geändert.

Frau Kremslehner fragt auch,

ob Gesetze bekannt gemacht werden.

Wichtig ist, dass etwas gemacht wird,

an das man sich halten muss.

Es sollen nicht nur wieder Konventionen, Pläne und Ähnliches gemacht werden,

an die sich dann keiner halten muss.

Frau Eberle erklärt:

Die Arbeits-Gruppen überlegen sich Maßnahmen.

Die Maßnahmen sehen dann je nach Thema und Ziel unterschiedlich aus.

Derzeit kann man das noch nicht genau sagen.

Die Themen und Ziele werden zuerst in den Gruppen mit den Betroffenen besprochen.

Man kann dann erst sagen, welche Maßnahmen notwendig sind.

Um die Ziele zu erreichen.

Weil jedes Ziel braucht andere Maßnahmen.

Maßnahmen können zum Beispiel neue Gesetze sein.

Oder Änderungen von Gesetzen.

Frau Schuierer-Aigner sagt dazu:

Zuerst muss das Ziel überlegt werden.

Danach überlegt man sich, welche Maßnahmen dafür notwendig sind.

Zum Schluss wird überlegt, wie viel Zeit es braucht.

Damit die Maßnahmen umgesetzt werden.

Manche Ziele erreicht man sehr schnell.

Für manche Ziele braucht man ein bisschen Zeit.

Andere Ziele dauern lange.

Nach einer bestimmten Zeit wird geschaut, ob die Maßnahmen erfolgreich waren.

Oder ob man noch etwas verbessern kann.

Visualisierung der Diskussions-Runde

Herr Handl-Landa visualisiert die Diskussion.

Er zeichnet, was gesagt wurde.

Und er fasst die Diskussion in Leichter Sprache zusammen.

Frau Eberle bedankt sich bei allen Anwesenden:

Danke für die Mit-Arbeit.

Und danke für das erfolg-reiche Vernetzungs-Treffen.

Ende: 11:00 Uhr